

Inhalt:

1. Fantastisches Ergebnis in Bremen!
2. "Putsch von oben" in Hamburg!
3. Rettet den Volksentscheid!
4. Große Mehrheit in Berlin
5. Grußbotschaft an Wolfgang Bosbach

1. Fantastisches Ergebnis in Bremen!

Das Volksbegehren für ein neues Wahlrecht in Bremen ist sensationell gut gelungen. 71.365 Menschen haben unterschrieben und damit die 10 % -Hürde deutlich übersprungen. Sie haben sich für einen Volksentscheid über ein neues Wahlrecht ausgesprochen, das dem Wähler direkten Einfluss auf die Zusammensetzung des Landesparlaments gibt. Dieser Volksentscheid, der im Jahr 2007 stattfinden soll, wird der erste von den Bremer Bürgern selbst herbeigeführte sein. Alle früheren Initiativen sind an der hohen Volksbegehrenshürde gescheitert. Auch diesmal war es schwer: "Dieses Volksbegehren war eine unglaubliche Anstrengung für viele Menschen, die sich enorm engagiert haben. Ohne das breite Bündnis aus Organisationen, Vereinen und Parteien, ohne die vielen ehrenamtlichen Sammlerinnen und Sammler und ohne die Solidarität von Menschen aus anderen Bundesländern wäre dieses Volksbegehren nicht möglich gewesen", resümiert Paul Tiefenbach, Vertrauensperson des Volksbegehrens. Umso größer ist jetzt die Freude über die vielen Unterschriften: "Das ist nicht nur ein gutes oder sehr gutes, sondern ein fantastisches Ergebnis", findet Paul Tiefenbach.

www.neues-wahlrecht.de

2. "Putsch von oben" in Hamburg!

In Hamburg hingegen ist unglaubliches geschehen: die Hamburger CDU hat zum wiederholten Male das Ergebnis eines Volksentscheids rückgängig gemacht, diesmal das 2004 von den Bürgern beschlossene demokratische Wahlrecht! Mit diesem Wahlrecht, das zum ersten mal bei der nächsten Landtagswahl zur Anwendung kommen sollte, hätten die Bürger die Möglichkeit gehabt, mit 10 Stimmen Kandidaten auf den Parteilisten direkt ankreuzen und damit die Reihenfolge der Listenplätze verändern zu können. Dem kleinen Machtzirkel der Hamburger CDU war das ein Dorn im Auge. Gegen die Bedenken und Bauchschmerzen der eigenen Abgeordneten, die massiv unter Druck gesetzt wurden, gegen den Widerstand aller anderen Hamburger Parteien und gegen allen öffentlichen Protest (sogar die Bildzeitung titelte: "Arroganz der Macht" - CDU kippt neues Wahlrecht im Alleingang) beschloß die Hamburger CDU mit ihrer absoluten Mehrheit im Parlament ihr CDU-Wahlrecht, daß den Parteispitzen wieder die Vergabe sicherer Listenplätze an linientreue Parteipolitiker sichert. Gegen diesen skandalösen Vorgang hat sich in Hamburg ein breites Bündnis gebildet. Mit den Volksbegehren "Rettet und stärkt den Volksentscheid" sollen die von der Hamburger CDU beschlossenen Erschwernisse im Volksentscheidsverfahren rückgängig gemacht und eine Regelung eingeführt werden, die bei Änderungen von Volksentscheidsergebnissen den Bürgern das letzte Wort gibt.

www.rettet-den-volksentscheid.de/

3. Rettet den Volksentscheid!

Die Hamburger CDU will sich über den Willen des Volkes hinwegsetzen. Das kann nicht sein! Dieses ignorante Treiben darf nicht Vorbild werden für Regierungen in anderen Bundesländern. Wir alle sind jetzt gefragt, ein Zeichen zu setzen. Helfen Sie mit! Kommen Sie in der Zeit vom 15. Januar bis 3. März für einige Tage nach Hamburg. Helfen Sie bei der Sammlung der Anträge für die Briefeintragung und bei der Öffentlichkeitsarbeit auf den Straßen und Plätzen. Für Übernachtungspätze wird gesorgt. Fahrtkosten können übernommen werden. Für Fragen und Anmeldungen wenden Sie sich bitte an: Kurt Wilhelmi, Tel. 030 – 42 80 43 90, kurt.wilhelmi@omnibus.org

4. Große Mehrheit in Berlin

Am 17. September haben die Berliner Bürgerinnen und Bürger in einem Volkentscheid über Erleichterungen bei landesweiten Volksabstimmungen entschieden. 84 % der Abstimmenden haben sich dafür ausgesprochen, daß in Zukunft Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in der Hauptstadt anwendungsfreundlicher geregelt sein sollen. So wurde beispielsweise die Hürde beim Volksbegehren von 10 % auf 7 % gesenkt und die Eintragsfrist dafür von 2 auf 3 Monate verlängert. Es gibt bereits erste Initiativen, die die neuen Regelungen nutzen wollen.

5. Grußbotschaft an Wolfgang Bosbach

Mehrere Tausend Karten der Aktion Volksabstimmung sind mittlerweile im Bundestag eingegangen. Und immer wieder erhalten wir Reaktionen und Antworten von Politikern auf die eingehenden Aktionskarten. Jüngst von Wolfgang Bosbach, in der CDU für das Thema Volksabstimmung zuständig. Auf seine ablehnende Argumentation hat der OMNIBUS mit einer Grußbotschaft geantwortet, die vor dem Bundestag an Besucher aus ganz Deutschland und an Politiker verteilt wird. Sie finden die "Grußbotschaft an Wolfgang Bosbach" auf www.aktion-volksabstimmung.de